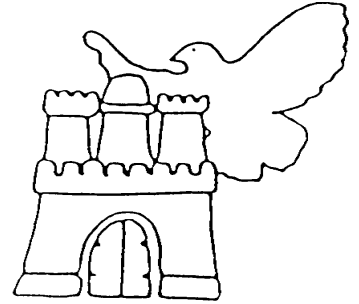


# HAMBURGER FORUM

## RUNDBRIEF NR. 01/15

[www.hamburgerforum.org](http://www.hamburgerforum.org)



25. Januar 2015

Liebe Friedensfreundinnen und liebe Friedensfreunde,  
das vergangene Jahr 2014 war leider kein Jahr des Friedens. Der Krieg in der östlichen Ukraine, die Kriege gegen den „Islamischen Staat“ im Irak und in Syrien und die weltweit 30 weiteren Kriege, die Friedensforscher aktuell zählen, provozieren uns geradezu zum verstärkten Engagement für den Frieden. Ein neuer erster Schritt auf diesem Wege waren die Demonstrationen in vielen Städten der Bundesrepublik am 13. Dezember letzten Jahres. Auch wir in Hamburg waren beteiligt: Ein sehr bunter und phantasievoll gestalteter Zug, der zum Mitlaufen motivierte, bewegte sich vom Kriegsklotz am Stephansplatz zum Hansaplatz in St. Georg. Die drei nachlesenswerten Reden, die dabei gehalten wurden, veröffentlichen wir in diesem Rundbrief.

Und es geht weiter mit den Protesten gegen die „**Sicherheitskonferenz**“ in München vom 6. bis 8. Februar. Dort treffen sich alle, die den Krieg als legitimes Mittel der Politik ansehen, die Kriege planen, durchführen oder von ihnen profitieren. Im letzten Jahr haben hier Frau von der Leyen und die Herren Gauck und Steinmeier ihre Vorstellungen von zukünftiger Kriegspolitik offengelegt. Protest ist also mehr als notwendig.

Zur Zeit bereiten wir den Ostermarsch vor:

**Hamburger Ostermarsch 2015 ● Ostermontag, den 6. April 2015  
Gemeinsam für den Frieden ● Eine Welt ohne Krieg ist möglich**

Der Aufruf und die Möglichkeit, ihn zu unterschreiben, liegen diesem Rundbrief bei. Wir sollten alle dafür sorgen, dass der Ostermarsch zu einer eindrucksvollen öffentlichen Manifestation unserer Friedensarbeit wird.

Der **8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus** wird von vielen antifaschistischen Initiativen vorbereitet – auch in Hamburg und vom Hamburger Forum. Geschichtsvergessen feiert die Bundeswehr am 9. Mai ihren „Tag des Heeres“ mit zwei Schwerpunkten: Vor 60 Jahren wurde die Bundeswehr gegründet und am 6. Mai 1955 trat die BRD der NATO bei. Wir sollten diese Feiern nicht unkommentiert lassen und eine friedenspolitische Antwort auch vor Ort geben.

Wer sich stärker engagieren möchte, sei auf unsere nächsten Vorstandssitzungen mit geladenen Gästen hingewiesen, auf der wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

**Dienstag, 10.02.15, 24.02.15, 03.03.15 und 17.03.15, jeweils 18.00 Uhr  
● Curio-Haus ● Rothenbaumchaussee 15 ●**

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns – siehe unten.

Es gibt also viel zu tun, Witz und Phantasie sind gefragt und vor allen Dingen ein langer Atem. Packen wir es an und lassen uns nicht entmutigen oder auseinanderdividieren.

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

*Sönke Wandschneider*

### Reden zum Friedenswinter am 13.12.2014

#### Frank Hornschu, DGB Nord

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am 6. August 1914 – also vor 100 Jahren – begann der erste Weltkrieg. Am 1. September 1939 – vor 75 Jahren –

überfiel die Deutsche Wehrmacht unsere Nachbarn in Polen, der zweite Weltkrieg nahm seinen Lauf. Beide Weltkriege und gerade der Faschismus haben unseren Kontinent, unsere Welt in eine gnadenlose Vernichtung und Zerstörung mit Millionen Toten und Verletzten getrieben. In diesem Jahr gedenken wir den Opfern, den Verletzten und Vertriebenen beider Kriege. Gerade in diesen Wochen rufen wir: „Bleibt vernünftig! Nie wieder Krieg! Nie wieder

Faschismus!“ Klar ist doch: Kriege kommen nicht einfach so über uns – sie werden gemacht. Gewalt geht von Menschen aus – und trifft Menschen. Menschen werden getötet, verwundet und vertrieben.

Nie ist etwas alternativlos – immer gibt es eine Option! Tag für Tag müssen wir wachsam sein! Und dennoch: Wieder einmal nehmen die Aggressionen auf unserem Kontinent in unserer einen Welt zu: Ende Januar diesen Jahres auf der Münchner Sicherheitskonferenz reden deutsche Spitzenpolitiker wieder Klartext: Joachim Gauck: „Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen“, Ursula von der Leyen: „Nur sitzen und warten – ist keine Option“, Frank-Walter Steinmeier: „Deutschland ist eigentlich zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.“ Die politische Botschaft von München: Deutschland habe mehr Macht und müsse daher mehr Verantwortung übernehmen. Politisch, aber eben vor allem militärisch. So wird unser Land seit Jahresbeginn auch durch die einseitige Berichterstattung auf eine militärische Auseinandersetzung hin konditioniert. Der DGB und seine Gewerkschaften sind über diese Töne entsetzt.

Verantwortung? Ja, klar! Für die vielen fliehenden Menschen! Es ist doch beschämend, dass Deutschland diesen an Leib und Leben bedrohten Menschen die Tür vor der Nase zuschlägt. Es ist beschämend, dass Deutschland den Schutz suchenden Menschen nicht mehr und vor allem besser hilft und ihnen zur Seite steht. Es ist beschämend, dass Deutschland gerade erst jüngst das Asylrecht für die, die dringend unsere Hilfe brauchen, verschärft hat und ihnen die menschliche / humane Unterstützung geradezu verweigert. Wie kalt und zynisch sind und werden unsere Spitzenpolitiker? Wie weit sind sie weg von uns Menschen und distanzieren sich immer mehr?

Verantwortung? Ja, klar! Deutschland muss endlich die Ziele der Vereinten Nationen zur Entwicklungshilfe umsetzen. Seit Jahren werden diese Ziele verschleppt, deren Umsetzung offenbar absichtlich verhindert und gerade mal nur zur Hälfte erfüllt. Und dies obwohl dies völkerrechtlich vereinbart wurde. Für uns stellt sich die Frage: Liegt dahinter die Strategie? Die da lautet: Wortbruch – Regelbruch – Zusammenbruch? Sie brechen das Wort und die Regeln, weil sie die Vereinbarungen nicht einhalten und umsetzen. Wissentlich und offenbar in Absicht werden die Menschen so in den Zusammenbruch geführt. Wenn es so ist, dann werden wir uns gemeinsam dem entgegenstellen, dann wird diese Demonstration der Auftakt sein, dann werden wir unseren Widerstand und unseren Protest mit allen rechtstaatlichen Mitteln in friedlichen und gewaltfreien Aktionen ausbauen und verstärken.

Der DGB und seine Gewerkschaften setzen sich uneingeschränkt für den Frieden in dieser Welt ein. Ohne Frieden keine Freiheit, keine Demokratie, keine Menschenrechte und keine Würde des Einzelnen. Wir treten ein für einen Politikwechsel hin zu Abrüstung, zur zivilen Konfliktlösung, zur sozialen Gerechtigkeit, zur Wahrung der Menschenrechte und zum nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen auf dem gesamten Planeten.

Hundert Jahre nach Beginn des ersten Weltkrieges, 75 Jahre nach Beginn des zweiten Weltkrieges muss gelten: Militärische Gewalt darf kein Mittel der Politik werden. Erfolgreiche Friedenspolitik beginnt mit dem Wissen, dass

Frieden ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu haben ist. Demokratische Teilhabe, Bildung, gute Arbeit und soziale Sicherheit haben großen Einfluss darauf, politische und gesellschaftliche Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen. Wir appellieren deshalb an alle Konfliktparteien, alles für eine Beruhigung der Lage zu tun und jede weitere Eskalation zu vermeiden.

Der DGB und seine Gewerkschaften fühlen sich dem Frieden verpflichtet. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union muss stets auf die Prinzipien der Entspannung, des Dialoges und der Zusammenarbeit setzen, um Konfrontationen zu entschärfen, und Wege für eine friedliche Konfliktlösung und zu guten nachbarschaftlichen Beziehungen eröffnen. Unsere Überzeugung ist: Diese Prinzipien einer Friedens- und Entspannungspolitik, einer guten Nachbarschaft und dem respektvollen Umgang legitimer Interessen müssen jetzt auch Wegweiser für die notwendigen Schritte hin zu einer Lösung der aktuellen Konflikte sein.

Diese Ansätze sind bei den zunehmenden Anfälligkeiten in der Weltwirtschaft für Wirtschaftskriege und Finanzkrisen, der fortschreitenden Vertiefung der sozialen Spaltung zwischen armen und reichen Ländern und innerhalb der einzelnen Länder von sehr großer Bedeutung. Bemerkens- und erwähnenswert ist hier der Beschluss der Landes-SPD von Schleswig-Holstein zur Friedens- und Außenpolitik „Friedenspolitik heute“ vom 27. September diesen Jahres. Die Waffenlieferung an die Kurden ist eher ein Zeichen des Scheiterns als ein Aufbruch in die Schutzverantwortung für die bedrohten und verfolgten Menschen.

Kriege, ethnische und politische Verfolgung zwingen viele Millionen Menschen zur Flucht. Zum Verlassen ihrer Heimat. Wer fliehen muss, muss auch in Deutschland Aufnahme finden, individuell Asyl und einen Schutzstatus beantragen können und in einem fairen Verfahren anerkannt werden. Die Rettung von Menschen – auch aus Seenot – muss unser aller oberstes Gebot sein! Gerade wir fühlen uns unserer Geschichte verpflichtet. Fühlen uns zum entschiedenen Widerstand gegen jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aufgerufen.

Faschisten und Rassisten haben keinen Platz bei uns! Ihnen stellen wir uns entgegen! Unser Anliegen ist, dass sich an allen Orten unseres Zusammenlebens eine Stärkung des Engagements für Demokratie und Zivilcourage einstellt. Und gerade in diesen Tagen wird es wichtiger denn je: Mehr und mehr Menschen fühlen sich vom rechten Bündnis „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ an- und von der AfD hingezogen. Mit ihren rassistischen und nationalistischen Parolen verbreiten die faschistischen Initiatoren des Bündnisses Angst vor dem Islam und vor Ausländern insgesamt. Unter der Führung des mehrfach vorbestraften Lutz Bachmann wird die Stimmung gegen angeblich kriminelle Ausländer, gegen Flüchtlinge und „Islamisten“ geschürt. Dabei übersehen diese vermeintlichen „Patrioten“, dass sie sich an unserem Grundgesetz vergehen, wenn sie den islamischen Terror und den Glauben an eine andere Religion in einen Topf werfen. Gerade unser Grundgesetz ist die Basis für ein friedliches Zusammenleben in unserer pluralistischen Gesellschaft.

Die Hetze und das menschenverachtende Gedankengut setzen unsere Wehrhaftigkeit und unsere Zivilcourage frei.

Den Menschen aus Dresden, Düsseldorf, Kassel, Bayern, Ostfriesland und anderswo rufen wir aus dem Norden von Deutschland, rufen wir aus Hamburg, dem Tor zur Welt zu: Werdet vernünftig – löst Euch von den Nazis, den Faschisten und Rassisten! Wenn ihr etwas gegen die grenzenlose Ungerechtigkeit in dieser Welt tun wollt, dann schließt Euch uns an. Setzt Euch mit uns für eine faire Verteilung ein. Setzt Euch mit uns für mehr soziale Gerechtigkeit ein. Lasst uns gemeinsam für sowohl die Freiheit, die Demokratie, die Menschenrechte als auch den Frieden und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, auf unserem Kontinent und Planeten stark machen. Und wir rufen dem Bundesinnenminister zu, attackieren Sie nicht länger die Landesregierung von Schleswig-Holstein dafür, dass sie die Flüchtlinge und die Schutzsuchenden nicht in die Kälte abschiebt. Auch aus diesen Gründen beteiligen sich der DGB und seine Gewerkschaften, engagieren sich viele Arbeitnehmer/innen im Friedenswinter 2014/2015. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

---

### **Katrin McClean**

Liebe Passanten, liebe Menschen hier auf den Straßen von Hamburg. Sicher fragen sich jetzt manche von Ihnen, Herrgott nochmal, müssen die ausgerechnet jetzt den ganzen Verkehr blockieren? Es ist kurz vor Weihnachten, und ich muss noch so viel besorgen und machen und tun. Ich bitte Sie einfach, halten Sie einen Moment an, und erinnern Sie sich daran, dass der Frieden, in dem wir leben, keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Eigentlich ist es gut und richtig, dass es uns gut geht, dass aus unseren Wasserhähnen trinkbares Wasser und aus unseren Steckdosen Strom kommt. Dass der Himmel nicht dröhnt von Bombenflugzeugen, dass wir keine Angst vor Hunger, Durst, Kälte oder Artilleriefeuer haben müssen. Doch, während wir uns in den nächsten Tagen mit Geschenken überhäufen, gibt es auf dieser Welt Eltern, die nicht einmal wissen, ob sie ihre Kinder am Weihnachtstag satt bekommen. Ob sie die nächste Nacht überhaupt überleben werden. Und das kann uns nicht egal sein. Denn die Politik unseres Landes trägt eine Mitschuld an diesem Leid. Als drittgrößter Rüstungsexporteur beliefern wir über Umwege Terrorgruppen und militante Diktaturen mit Waffen. Als NATO-Mitglied und treuer Bündnispartner der USA unterstützen wir geostrategische Kriege, die heuchlerisch Friedensmissionen genannt werden.

Unser Land ist Gastgeber für das logistische Zentrum eines perfiden Drohnenkrieges. Unsere Medien schweigen sich über zivile Opferzahlen aus und veröffentlichen sie immer erst dann, wenn wieder einmal ein Krieg vorbei ist. In den letzten zehn Jahren sind über eine Millionen unschuldige Menschen im sogenannten Anti-Terror-Kampf getötet worden. Und die Zahl der Terroristen hat sich im Laufe dieses Anti-Terror-Krieges vervielfacht. Es geht nicht um Frieden und Demokratie. Es geht um Waffengeschäfte und um die Kontrolle über Ressourcen. Die größten Flüchtlingsströme kommen aus den Krisengebieten, die unsere Regierung mit verursacht hat. Und anstatt ihrer Pflicht nachzukommen und ihnen Schutz zu gewähren, bauen die NATO-Staaten eine Mauer um Europa und erklären Menschen, die den Tod riskieren, um ein menschenwürdiges Leben zu finden, zu Kriminellen. Wir stehen hier in der Überzeugung: Jeder Mensch, egal, wo er geboren

ist, hat ein menschenwürdiges Leben verdient. Und deshalb brauchen wir Frieden. Und wir halten es für äußerst gefährlich, dass der Krieg immer näher kommt.

In diesen Tagen werden hier in Europa wehrlose Menschen, Frauen und Kinder Opfer von Luftangriffen ihrer eigenen Regierung. Anstatt die Kiewer Regierung dafür zu verurteilen, unterstützen unsere Politiker eine Oligarchenkaste, die sich ganz offen mit Nazi-Parolen schmückt. Das ist keine Verteidigung demokratischer Werte, hier geht es um eiskalte geostrategische Machtpolitik. Wir können nicht länger zusehen, wie unsere Politiker, unterstützt von unseren Medien, das Feindbild Russland wieder aufbauen, als hätten sie nichts, aber auch gar nichts aus zwei katastrophalen Weltkriegen mit Aber-Millionen Toten gelernt. Und deshalb, liebe Passanten, stehen wir hier und fordern: Wir brauchen endlich Frieden. Für uns in Europa und für alle Menschen auf der Welt. Wir brauchen eine Politik der Vernunft, die Ja zu Verhandlungen sagt und Nein zu militärischen Konfliktlösungen.

Aber auch wir können etwas tun. Krieg und Unmenschlichkeit entstehen an vielen Orten und bei vielen Gelegenheiten, auch hier in unserem Alltag. Wir können „Nein“ sagen. So wie der junge Hamburger Dichter Wolfgang Borchert, der mit 26 Jahren an den Folgen seiner Kriegsverletzungen starb, uns gemahnt hat. Ich habe versucht, seine Mahnung an die heutige Zeit anzupassen, wobei ich einige Zitate dieses großen Dichters übernommen habe. Und ich habe dieses Wir eben ganz ernst gemeint und bitte jetzt alle, die hier sind, gemeinsam mit mir „Nein“ zu sagen.

Du Mädchen im Callcenter, du, Frau im Büro, wenn sie dir heute erzählen, dass die Russen ab jetzt deine Feinde sind, sag NEIN! / Du Mann in der Bank oder in der Versicherungsgesellschaft, wenn sie dir sagen, dass es eine große Leistung ist, Geld zu verbrennen, das andere mühsam erarbeitet haben, sag NEIN! / Du, Großstadt-Single, wenn sie dir einreden, du bist nur attraktiv, wenn du Markenklamotten trägst, die in unwürdiger Sklavenarbeit genäht wurden, sag NEIN! / Du Mutter, du Vater wenn sie euch heute erzählen, eure Kinder hätten nur eine Zukunft, wenn wir Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken lassen, sagt NEIN! / Du Fabrik-Arbeiter, wenn Sie dir heute befehlen, Bombenflugzeuge zu bauen anstatt Passagiermaschinen, sag NEIN! / Du, Journalist, wenn sie dir den Auftrag geben, Feindbilder zu verbreiten, anstatt Fragen zu stellen, sag NEIN! / Du, junger Mann und du junge Frau, wenn man euch heute schon wieder erzählt, dass es heldenhaft ist, für eine gute Sache zu sterben, sagt NEIN! Denn es ist noch nie eine gute Sache in die Welt gekommen, weil junge Menschen gestorben sind. / Du Soldat und du Soldatin, wenn man euch befiehlt, auf eure Feinde zu schießen, dann gibt es nur eins: sagt NEIN! Denn ihr habt keine Feinde! Und wenn ihr selbst erschossen werdet, dann nicht für eine gute Sache, sondern nur für die Machtinteressen einer grauenhaften Kaste von Egoisten, für die ihr nicht mehr wert seid als eine Fliege an der Wand. Sagt NEIN!

Denn wenn ihr nicht nein sagt, werden Hunger und Not ihren gefräßigen Feldzug über die Kontinente fortsetzen. Und selbst da, wo jetzt noch Frieden ist, wird vielleicht eines Tages die furchtbare Vision von Wolfgang Borchert Wirklichkeit. Eine schlammgraue Stille wird heranwalzen, und in den lärmenden Hafentädten werden die

großen Schiffe verstummen und wie titanische Mammutkadaver träge gegen die vereinsamten Kaimauern schwan-ken. Die U-Bahnen werden wie sinnlose, glasäugige Käfi-ge blöde verbeult neben den verwirrten Stahlskeletten der Gleise liegen. Dann wird der letzte Mensch mit zerfetzten Gedärmen und verpesteter Lunge und einsam unter der giftig glühenden Sonne herumirren, einsam zwischen den un-übersehbaren Massengräbern und den kalten Götzen der gigantischen betonklotzigen verödeten Städte, der letzte Mensch, dürr, wahnsinnig, klagend – und seine furchtbare Klage: WARUM? wird ungehört in der Steppe verrinnen. Vielleicht könnte das eintreffen, morgen, morgen viel-leicht, vielleicht heute Nacht schon, vielleicht heute Nacht, wenn ... wenn ihr nicht NEIN sagt.

### Kai Ehlers

Liebe Freunde, liebe Freundinnen!

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer am Rande!

Der Grundtenor, der uns hier zusammenführt ist klar: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Für Selbstbestim-mung und für Menschenwürde bei uns und überall auf der Welt. Das muss ich hier nicht weiter vertiefen. Ich werde mich auf die Ukraine konzentrieren. Worum geht es? Was spielt sich in und um die Ukraine herum ab? Lassen wir uns nicht weismachen, Russland sei an allem schuld und alles wäre gut, wenn Russland sich nur duckte. Man muss den Nebel durchdringen, der um die aktuellen Ereignisse verbreitet wird. Es geht um grundlegende Transformati-onsprozesse unserer heutigen Welt. Das sind:

1. Das nachsowjetische Trauma – wie wollen wir leben? Nicht mehr „sozialistisch“, aber auch nicht „kapitalis-tisch“, der globalisierte Kapitalismus ist nur die Fortset-zung der Krise des Real-Sozialismus. Immer mehr Men-schen werden in die „Überflüssigkeit“ abgedrängt. Die Frage steht: Wenn nicht so, aber auch nicht so – wie dann? Wo ist mein Platz? Wo und wie kann ich leben? Die Frage steht nicht nur in der Ukraine. Das ist auch unsere Frage. Es ist die Frage nach der sozialen Neuord-nung unserer Welt. In der Ukraine stellt sie sich durch die oligarchische Kapitalisierung, die die Mehrheit der Menschen dort ins Elend gedrückt hat, besonders krass. Viele träumten davon in der EU, im Westen Erleichte-rung zu finden – das Gegenteil ist jetzt der Fall. Sie ge-raten noch tiefer in Not.
2. Nachholende Nationenbildung, die zu radikalisiertem, brutalem Nationalismus führt. Dieser Prozess ist in vie-len Ländern zu beobachten, die nach dem Zerfall der systemgeteilten Welt unvermittelt in die Lage kamen, eine eigene Identität finden zu müssen. Das gilt vor allem für Völker und Republiken der ehemaligen Sowjet-union, die vorher im Korsett der Union gehalten waren. Für die extrem pluralistische Ukraine gilt das in beson-derem Maße. Aber die Entwicklung ist durchaus allge-meiner. Auch der brutale Fundamentalismus einer „IS“, die einen Gottesstaat erzwingen will, ist Ausdruck dieser Suche nach Identität jenseits der neo-liberalen Globali-sierung. Demgegenüber weist eine friedensorientierte Perspektive in Richtung auf Selbstbestimmung, lokale und regionale Autonomie, föderale Beziehungen, multi-

polare kooperative Beziehungen im globalen Maßstab.

3. Das führt zu dem dritten Element: Dem tendenziellen Übergang von der nach der Auflösung der Sowjetunion entstandenen unipolaren Welt unter US-Hegemonie in Richtung einer multipolaren, kooperativen, in der die al-ten mit den neu herangewachsenen Weltmächten auf Augenhöhe kooperieren – aber das will der jetzige He-gemon USA nicht zulassen; sie wollen eine solche Ent-wicklung mit allen Mitteln verhindern. Stichworte dazu sind, besonders offen nachzulesen bei Sbignew Brze-zinski als Hauptstrategie der US-Politik seit 25 Jahren: Sicherung der US-Herrschaft über Eurasien, um Eurasi-en zu beherrschen; um Eurasien zu beherrschen, Russ-land unterwerfen; um Russland unterwerfen zu können, die Ukraine aus Russlands historischem Raum heraus-brechen; um das zu können, die Ukraine in den westli-chen Einflussbereich ziehen.

Die Überlagerung dieser drei Linien ergibt das ukrainische Bürgerkriegsfeld unter den besonderen Bedingungen der extrem pluralistischen Verfassung der Ukraine und ihrer Durchgangslage zwischen Ost und West und gestern und heute, Eurasischer Union und Europäischer Union. Die Ukraine wird zum Feld, auf dem der Kampf um die Erhal-tung der US-Hegemonie stellvertretend ausgetragen wird.

Vor diesem Hintergrund möchte ich festhalten: Nicht die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation war der Auslöser des Bürgerkrieges in der Ukraine sowie des gegenwärtigen Sanktionskrieges, sondern die langfris-tig angelegte Strategie der USA zur Aufrechterhaltung ih-rer unipolaren Vorherrschaft. Im Verfolgung dieser Strate-gie wurde die Ukraine in eine Situation gebracht, sich zwis-chen einer Zugehörigkeit zur Europäischen oder zur Eura-sischen Union entscheiden zu müssen, wurden die folgen-ten Unruhen von außen angeheizt, wurde der Umsturz be-trieben. Auf den Umsturz folgen die Vorgänge in und um die Krim, die Entwicklung des Bürgerkriegs in der Ukrai-ne, der Sanktionskrieg usw. usf. Erstaunlich genug, dass die Europäische Union diese Politik mitträgt, obwohl die Konfrontation mit Russland nicht nur Russland, sondern auch sie selbst schwächt, so dass die USA den lachenden Dritten machen können. Die Einstellung der Kampfhand-lungen, ebenso wie des Sanktionskrieges, der Übergang von der Konfrontation in den Dialog ist das, was wir ein-deutig von unserer Regierung und von Brüssel fordern müssen – aber letztlich wäre auch die Einstellung der Feindseligkeiten nur die Voraussetzung, von der aus um den Frieden gerungen werden kann. Es kann ja nicht dar-um gehen, einen Hegemon durch einen anderen auszutau-schen. Letztlich werden wir eine friedlichere Welt nur ge-winnen können, wenn wir die Grundfrage „Wie wir leben wollen“ beantworten, wenn es uns gelingt, die aufgerührte politische Situation dafür zu nutzen, das Gespräch um die Entwicklung von Perspektiven zu führen, die über die jetzt herrschenden Verhältnisse in eine Situation der Selbstbe-stimmung in kooperativer Gemeinschaft hinausweisen.

Dies ist auf Kai Ehlers Internetseite nachzulesen und in den Sammelbänden „Spiel mit dem Feuer“ (Papyrossa) und „Ukraine im Visier“, (Selbrund / Hintergrund).